

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 4/2018

Glück auf!

AK-Wahl 2019

Deine Stimme zählt!

KV Metallindustrie

Abschluss erst nach Warnstreiks

Intensivpatient **KRANKENKASSEN**

Regierung blutet Gesundheitsversorgung aus

PRO-GE

EXKLUSIV für MITGLIEDER

EVENTS & TICKETS

Ermäßigte Kartenpreise in der ÖGB-Kartenstelle

MAGIC SHADOWS

Eine getanzte Reise in das Land der Schatten

Linz Brucknerhaus: 11.02.2019

Wiener Stadthalle: 14.02.2019



Eine unglaubliche Kombination aus Tanz, Skulpturen & Geschichten!

-10%

FALCO

das Musical

Linz Brucknerhaus: 22.02.2019

Wiener Stadthalle: 05.02.2019

-10%



SIMPLY THE BEST

das Musical

Linz Brucknerhaus: 18.02.2019

Wiener Stadthalle: 19.02.2019

Graz Helmut-List-Halle: 20.02.2019

-10%



Winter CIRCUS

Das Erlebnis für die ganze Familie!

Wiener Prater:

bis 24.02.2019

„Manege frei!“ im Wiener Prater auf der Kaiserwiese!

-30%

PALAZZO

Toni Mörwald

Wien:

bis 10.03.2019

Graz:

bis 02.03.2019



***-10%**

STOMP KOMMT!

Linz Brucknerhaus:

30.01.2019

Der Kassenmagnet aus London und New York kommt nach Österreich!

-20%

kartenstelle.oegb.at

* Wien: in den Kategorien Rang und Loge im Jänner
Graz: in den Kategorien Rang und Loge



SHOPPING & MORE

Vergünstigungen mit deiner PRO-GE Card



MOMENTUM

Bewegung & Lebensfreude

Genießen Sie personalisierte Trainingspläne von qualifizierten SportwissenschaftlerInnen!



-10%

... mehr unter www.momentum-bewegung.at

Schlosshotel LACKNERHOF

Familien- & Wellness-Resort in Flachau

Das Schlosshotel bietet durch sein großzügiges Platzangebot für jeden Gast das passende Urlaubserlebnis!



-10%

auf eine Wochenbuchung

www.lacknerhof.at | +43 6457/237 90

Cosmetic Express

Shoppen Sie mit 10 % Mitgliedsrabatt über 15.000 Düfte, Make-ups & Pflegeprodukte für Damen & Herren



-10%

plus Geschenk

... mehr unter www.cosmeticexpress.com



Wintersport & Wandern GROSSARL

Entfliehen Sie für ein paar Tage dem Alltag & besuchen Sie uns im Salzburger Land!

***-15%**

www.altepost.cc

TOYOTA Buchreiter

Top-Vorteile bei Toyota Buchreiter in Eisenstadt!

Sonderaktion:

Toyota Yaris € 10.990,-



-15%

auf Neufahrzeuge

www.toyota-buchreiter.at

ABS Reisebüro

Einer für alle, alle für einen!

Urlaubsangebot:

Special Vietnam & Kambodscha mit Badeurlaub
21.03.-04.04.2019



60€

Visum geschenkt!

www.absreisebuero.at

preisvorteil.proge.at

* 15 % Rabatt auf den Listenpreis, Wochenspecials, bei Vorlage des Mitgliedsausweises!

PRO-GE
PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT
www.proge.at

die Mitgliedskarte

Mitglieds-Nr. 1001507

Inhalt

GESUNDHEITSVERSORGUNG IN GEFAHR

Die Regierung baut die Sozialversicherung um. Neben einer Machtverschiebung zu WirtschaftsvertreterInnen und der Regierung selbst soll das Einsparungen von einer Milliarde Euro bringen – angeblich. Tatsächlich gehen alle ExpertInnen davon aus, dass der Umbau zu einer gewaltigen Mehrbelastung führen wird. Mehr als zwei Milliarden Euro könnten schlussendlich auf der Rechnung stehen, für die die Versicherten gerade stehen werden müssen.

Seiten 6 bis 11

Kommentar

Rückblick und Ausblick zum Jahreswechsel Seite 5

KV-Abschluss Metallindustrie

PRO-GE erreicht höchste Realloohnerhöhung seit über 10 Jahren Seite 13

Harte Verhandlungen

Die Bilder von Aktionstag und Warnstreiks in der Metallindustrie Seite 14

KV-Verhandlungen und Arbeitszeit

Die Reaktion der Gewerkschaften auf den 12-Stunden-Tag Seite 16

KV-Abschluss Metallgewerbe

3,3 Prozent mehr Lohn für 110.000 ArbeiterInnen Seite 17

AK-Wahlen 2019

Mach mit und stärke deiner Arbeiterkammer den Rücken Seite 18

Gegen Diskriminierung

IUL-Konferenz zur Arbeitssituation von LGBTI-ArbeiterInnen Seite 19

Gegen Belästigung und Gewalt

Die Internationale Arbeitsorganisation kündigt Konvention an Seite 19

Achtung Kamera

Die besten Fotos von den PRO-GE Events Seite 20

Notstandshilfe und Mindestsicherung

Die Auswirkungen der Regierungspläne Seite 21

Preisrätsel und Cartoon

..... Seite 23

Aktuelle Zahl

5.000.000.000

KAUM STEUERN FÜR REICHE

Vermögen wird in Österreich im internationalen Vergleich sehr gering besteuert. Eine aktuelle Studie der OECD hat ergeben, dass Österreich jährlich fast fünf Milliarden Euro an Steuereinnahmen lukrieren könnte, wenn man die Vermögensbesteuerung zumindest auf OECD-Schnitt anheben würde. Unter den OECD-Staaten ist die Quote nur in Estland, Litauen, Tschechien, der Slowakei und Mexiko noch geringer.

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. DVR-Nr.: 0046655. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Leitung: Mathias Beer. Chef vom Dienst: Wolfgang Purer. Redaktion (glueckauf@proge.at): Robert Wittek, Barbara Trautendorfer, Karin Prokop, Sabine Weinberger. Grafik & Layout: Peter-Paul Wältenberger, Julian Janits. Fotos: PRO-GE, Adobe Stock, Pixabay wilhei CC0, APA-Fotoservice-Juhasz. Cartoon: Bulcartoons. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 16. Februar 2019.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25: www.glueckauf.at/offenlegung

KURZ NOTIERT

Einigung auf EU-Arbeitsagentur



Der EU-Beschäftigungsrat hat sich auf eine Arbeitsagentur geeinigt. Sie soll die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping unterstützen. Die Gewerkschaften kritisieren, dass der ursprüngliche Vorschlag verwässert wurde und es den EU-Staaten freigestellt ist, ob sie sich an den Maßnahmen der Agentur beteiligen. Den Sitz der Agentur hat man noch nicht festgelegt, AK und ÖGB plädieren für Österreich.

70 Jahre Menschenrechte

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen wurde vor 70 Jahren beschlossen und legte den Grundstein für globale humane Grundsätze. Leider werden in vielen Staaten, vor allem in Entwicklungsländern, die Menschenrechte nicht eingehalten.

Sexuelle Belästigung in der Arbeit

Deutlich mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen hat bereits Erfahrungen mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz gemacht. Das zeigt die neue Auswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index der AK Oberösterreich.

Deutschland: Schicht im Schacht

Am 21. Dezember wurde in der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop symbolisch der letzte Förderwagen mit Kohle ans Tageslicht geholt. Es war ein historisches Moment, denn nach mehr als 150 Jahren industrieller Steinkohleförderung ist damit eine deutsche Traditionsbranche Geschichte.



AK: Beschäftigte brauchen länger zur Arbeit

Die ÖsterreicherInnen brauchen laut Arbeiterkammer immer länger in die Arbeit. „Derzeit rasen zwei Züge aufeinander zu: immer längere Arbeitszeiten und immer längere Wegzeiten. Auf der Strecke bleiben das Familien- und das Privatleben“, warnt Renate Anderl, Präsidentin der Arbeiterkammer.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender
der PRO-GE

DER KAMPF GEHT WEITER!

2019 wird für Gewerkschaften und Arbeiterkammern ein sehr intensives Jahr. Die Bundesregierung und Teile der Wirtschaft haben den partnerschaftlichen Weg verlassen. Gesetze wurden durchgeboxt, ohne die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu berücksichtigen. Die Beispiele sind bekannt: Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt AUVA wird ausgehungert, die Gebietskrankenkassen werden zerstört, ArbeitnehmerInnen werden aus der Selbstverwaltung der Sozialversicherung gedrängt, die 60-Stunden-Woche wurde eingeführt und die Mitbestimmung im Betrieb wird zurückgedrängt.

Die Gewerkschaften haben aber in der Herbstlohnrunde bewiesen, dass sie auch dann erfolgreich ArbeitnehmerInnen vertreten können, wenn das Gegenüber den Weg des Gesprächs und des sozialen Ausgleichs verlässt. Gerade die Warnstreiks in der Metallindustrie waren ein deutliches Signal dafür. Sie zeigen auch, wie wichtig die Solidarität aller Gewerkschaftsmitglieder ist.

So konnte die PRO-GE zusammen mit den BetriebsrätInnen in einigen Kollektivverträgen bereits wichtige Punkte wie bezahlte Pausen oder hohe Zuschläge für die elfte und zwölfte Arbeitsstunde erreichen. Im Bereich des Metallgewerbes (z. B. Kfz-MechanikerInnen und InstallateurInnen) erreichte das Verhandlungsteam sogar ein Optionenmodell zur Arbeitszeitverkürzung.

Ich freue mich sehr, dass die PRO-GE das vierte Jahr in Folge ein großes Mitgliederplus verzeichnet. Ich bedanke mich bei allen für diese enorme Unterstützung. Die PRO-GE wird diesen Elan nützen und bei den kommenden Lohnrunden sowie in der politischen Auseinandersetzung kraftvoll für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen auftreten.

Glück auf!

Zerschlagung der Sozialversicherung

Krankenkasse wird Intensivpatient



Die Regierung hatte es wieder einmal eilig. Noch im Dezember wurde die Zentralisierung der Gebietskrankenkassen dem Nationalrat zum Beschluss vorgelegt und mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen. Die Auswirkungen werden mittel- und langfristig alle zu spüren bekommen.

Wie beim 12-Stunden-Tag legte die Regierung auch beim Umbau der Sozialversicherung ein ungesundes Tempo an den Tag. Der Zeitpunkt kurz vor Weihnachten war gut gewählt. Möglichst wenige der sieben Millionen betroffenen Versicherten sollten offenbar merken, dass in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) nicht mehr nach ihren Interessen entschieden wird. Denn ab sofort haben hier die Unternehmer das Sagen und bestimmen, welche Leistungen bezahlt werden – von Geldern, die die Arbeitenden einzahlen.

Dabei lauteten die Versprechen der Regierung zuerst ganz anders: Durch Einsparungen im System sollte mehr Geld für die PatientInnen übrig bleiben und die Leistungen würden harmonisiert werden. Doch auch die strategische Kommunikation der Regierung konnte nicht verhindern, dass die schöne Fassade bald Risse bekam.

Das Spiel mit den Zahlen

Die Patientenmilliarde, wie sie es nannten, entpuppte sich als reine PR-Show. Bis dato lieferte die Regierung keine Berechnungen dazu. Zahlreiche ExpertInnen kritisierten das, sogar der Rechnungshof forderte „ein Ende des Spiels mit den Zahlen“. Glaubhafte Einsparungspotenziale liegen lediglich im zweistelligen Millionenbereich, Fusionskosten wurden dabei gar nicht eingerechnet.

„Eine Fusion kostet zu Beginn immer Geld, und großer Zeitdruck kostet noch mehr Geld“, berichtet PVA-Obmann Manfred Anderle aus Erfahrung.

Die Zusammenlegung der Pensionsversicherungen der Arbeiter und Angestellten 2003 kostete laut Anderle von damals bis heute 120,5 Millionen Euro. Die Kosten wären niedriger gewesen, hätte die Fusion nicht innerhalb eines Jahres durchgeführt werden müssen. Das werde auch bei der anstehenden Zusammenlegung der Krankenkassen nicht anders sein. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer wird die Fusion der Gebietskrankenkassen in den ersten fünf Jahren mehr als zwei Milliarden Euro verschlingen.

Drei-Klassen-Medizin kommt

Auch die viel bemühte Leistungsharmonisierung gibt es nicht. Erstens war die Anpassung unter den Gebietskrankenkassen ohnehin schon sehr weit fortgeschritten, zweitens werden die anderen Kassen von einer Leistungsharmonisierung ausdrücklich ausgenommen. BeamtenInnen, Selbstständige und Bauern/Bäuerinnen behalten selbstverständlich die besseren Leistungen. Auch die 16 Krankenfürsorgeanstalten (KFA) bleiben bestehen. Die ÖGK muss hingegen allein auch die Arbeitslosen und MindestsicherungsbezieherInnen schultern. Damit wurden sieben Millionen Versicherte, inklusive ihrer Angehörigen, in die „Holzklasse“ verfrachtet – finanziell geschwächt, am Gängelband der Arbeitgeber und ohne Entscheidungsmacht über ihre Leistungen.

Machtverschiebung hin zur Wirtschaft

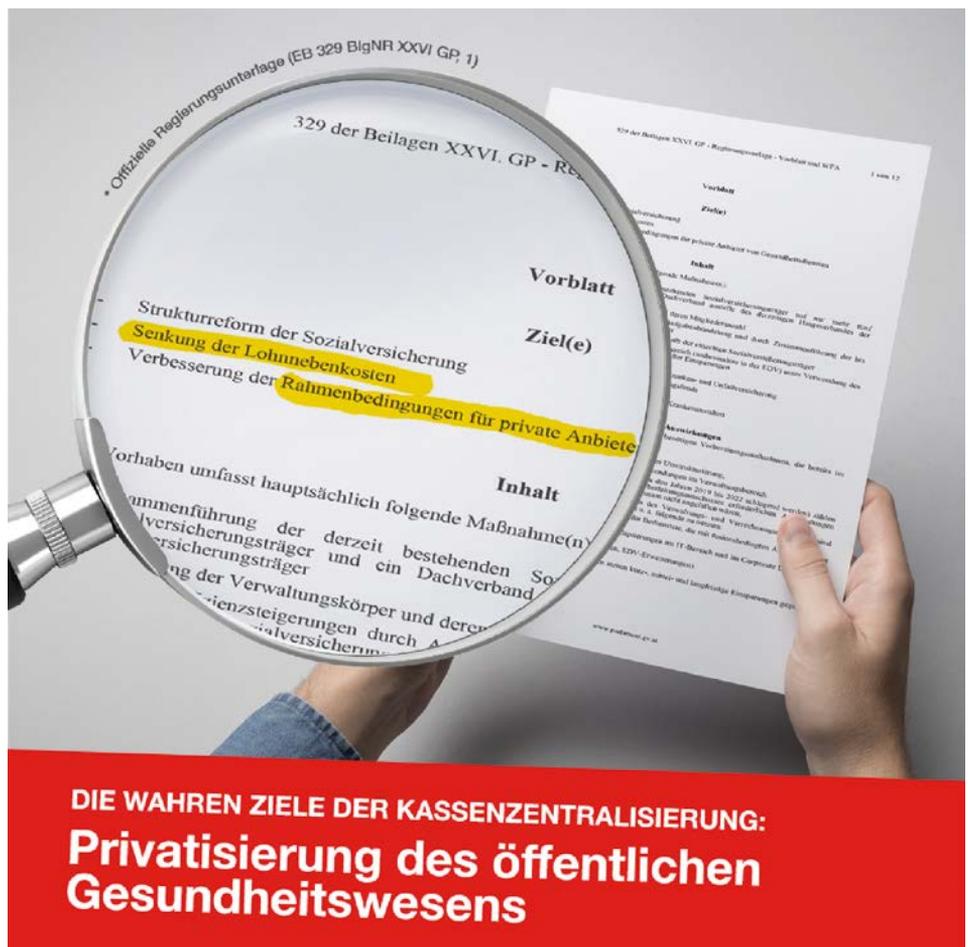
Wie in den meisten Vorhaben der Regierung soll auch beim Umbau der Sozialversicherung die Wirtschaft „gestärkt“ werden. Das heißt so viel wie: Die Arbeitgeber schaffen künftig an. Die ArbeitnehmervertreterInnen werden aus den von ihnen finanzierten Kassen gedrängt.

Bisher hatten die VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen in ihren Krankenkassen eine deutliche Mehrheit gegenüber den Arbeitgebern (4:1).



Auch der Rechnungshof forderte im November „ein Ende des Spiels mit den Zahlen“.

Quelle: facebook.com/RechnungshofAT



In dieser offiziellen Regierungsunterlage wird kein Hehl daraus gemacht, die private Vorsorge im Gesundheitsbereich stärken zu wollen.

In Zukunft soll das Verhältnis 1:1 sein und die Arbeitgeber führen halbjährlich den Vorsitz. Bei Entscheidungen etwa über die Verträge mit ÄrztInnen, über

das Budget für eigene Einrichtungen wie Krankenhäuser, Labore etc. können die ArbeitnehmerInnen künftig leicht überstimmt bzw. blockiert werden.

Leistungskürzungen

Es ist zu befürchten, dass die Arbeitgeber nun in der Krankenkasse alles umsetzen, was sie schon seit Jahren fordern: Selbstbehalte für Versicherte und ihre Angehörigen, Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen, Überwachung und Schikanen im Krankenstand.

Dadurch würden die Kassen weniger Geld ausgeben, was wiederum niedrigere Beiträge für die Unternehmen rechtfertigt. Dass das zwangsläufig auch weniger Leistungen für die Versicherten bedeutet, ist klar. Und noch einen Bonus gibt es – zumindest aus Sicht der Regierung: Über kurz oder lang wird der private Versicherungssektor verdienen. Denn wenn die allgemeine Sozialversicherung ausgehungert wird, werden immer mehr Menschen private Versicherungen abschließen. Das dürfte ganz im Sinne von Finanzminister Hartwig Löger, vormals UNIQA-Manager, sein, der bereits bei Amtsantritt ankündigte, die private Vorsorge stärken zu wollen.

Regierung gefährdet Gesundheit

„Was unser Gesundheitssystem wirklich brauchen würde, sind tatsächlich gleiche Beiträge und gleiche Leistungen – von Kostenersätzen bis Wartezeiten“, fordert PRO-GE Vorsitzender Rainer Wimmer: „Wenn schon eine Reform, dann eine faire.“ Niemand würde verstehen, warum auch heute noch ein Beamter bessere Leistungen bekommt und kürzere Wartezeiten haben soll als ein Arbeiter. Wimmer spricht sich einmal mehr für Arbeitsbedingungen aus, die nicht krank machen, und fordert mehr Prävention statt teurer Reparaturmedizin. Laut WIFO sind die Kosten der arbeitsbedingten psychischen und physischen Belastungen (Burn-out, Rückenleiden, Krebserkrankungen etc.) enorm angestiegen (rund 3 Mrd. Euro). Die Präventionsfonds in der Krankenversicherung sind jedoch lediglich mit 19 Mio. Euro dotiert. „Anstatt diese Fonds auszubauen, wird der 12-Stunden-Arbeitstag eingeführt und die Sozialversicherung ausgehungert. Mit dieser überhasteten, schlecht vorbereiteten Aktion setzt die Regierung die Gesundheitsversorgung für die Menschen aufs Spiel“, warnt Wimmer.

Wer zahlt, schafft an?



Die Unternehmen zahlen 29 Prozent der Beiträge und bekommen 50 Prozent der Stimmen.



Am Beispiel Psychotherapie werden die Missstände bei der Prävention besonders deutlich: In Österreich werden enorme Beträge für Psychopharmaka (rund 300 Mio. Euro) ausgegeben, es wird aber viel zu wenig in die nachhaltigere Psychotherapie investiert (nur 80 Mio. Euro).

Sozialversicherung

Chronik einer angekündigten Zerstörung

5.
APRIL

Auftakt mit Drohung gegen die AUVA. Gemäß dem Regierungsprogramm sollte die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) 500 Millionen Euro bei einem Gesamtbudget von 1,3 Mrd. Euro einsparen. Grund dafür: Senkung des Unfallversicherungsbeitrages für die Arbeitgeber. Nicht machbar, sagten alle ExpertInnen! Dies wusste auch die Regierung, denn Sozialministerin Hartinger-Klein (FPÖ) kündigte bereits im April an, dass die AUVA die geforderten Einsparungen wohl nicht erbringen werde können. Daher gehe sie von einer Auflösung aus. ÖGB und Gewerkschaften liefen dagegen Sturm, sogar Wirtschaftsvertreter sprachen sich für die Beibehaltung der AUVA aus.

24.
APRIL

Der gezielte Privilegienvorwurf. Dann griffen die Kommunikationsstrategen der Regierung in die Vollen und unterstellten der Sozialversicherung unhaltbare Privilegien: In den Medien wurden gezielt Unwahrheiten über Dienstwagen, Finanzspekulationen und eine sogenannte Funktionärsmilliarde gestreut.

25.
APRIL

Die Wahrheit bleibt auf der Strecke. Die Krankenkassen wehrten sich umgehend und erklärten unter anderem, dass die Sozialversicherungen gesetzlich dazu verpflichtet seien, eine Reserve zu bilden, um etwa für Epidemien gerüstet zu sein. Oder dass es sich bei den von der Regierung angeführten 160 Dienstautos größtenteils um Krankentransporter bzw. geleaste Wagen für die Beitragsprüfung handelt. Und dass Funktionäre ein wichtiger Teil der Selbstverwaltung sind, von denen viele ehrenamtlich oder gegen geringfügigste Entschädigungen arbeiten. Fakten konnten aber die mediale Neiddebatte nicht mehr aufhalten. Die Wahrheit blieb somit gleich zu Beginn auf der Strecke.

22.
MAI

Die sogenannte Patientenmilliarde als nächster Spin. Die Regierungsspitze legte eine Punktation für die sogenannte neue Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) vor und nannte ein Einsparungsziel von einer Milliarde Euro: Aus einer „Verwaltungsmilliarde“ soll eine „Patientenmilliarde“ werden, so der PR-Slogan. Diese Zahl wurde sofort von SozialversicherungsexpertInnen bemängelt, denn vorsichtig geschätzt muss von finanziellen Mehrbelastungen von über einer Milliarde Euro ausgegangen werden. Darüber hinaus dürften mindes-

tens 500 weitere Millionen an Fusionskosten für die Zusammenführung der Sozialversicherungen und Krankenkassen anfallen. Aus Sicht der Gewerkschaften drohen damit gravierende Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen.

13.
AUGUST

Trickreiche Kostenverschiebung bei der AUVA. Nun wird gegen die Ankündigung der Sozialministerin die AUVA doch nicht zugesperrt. Die Regierung verkündet jetzt ein Einsparungsziel von 430 Millionen Euro. Wobei die AUVA 135 Millionen Euro schultern soll. Davon sollen ab 2019 rund 100 Millionen durch Personaleinsparungen und trickreiche Kostenverschiebung innerhalb der neuen SV-Struktur erreicht werden. Dies bedeutet aus Sicht der Gewerkschaften im Klartext: Kostenreduktion zulasten der Beschäftigten und Mehrbelastungen für ArbeitnehmerInnen, Familien mit Kindern, StudentInnen sowie Klein- und Mittelunternehmen.

15.
SEPTEMBER

Patientenmilliarde wird zum Eigentor. Der Begutachtungsentwurf zur Kassenreform liegt nun vor. Neben der Darstellung der neuen Strukturen, die eine deutliche Aufwertung der Dienstgeber sowie mehr Einfluss für die Regierung bringen, ist auch eine Kostenschätzung

Die türkis-blaue Regierung machte sich 2018 auf, die Sozialversicherung in Österreich sturmreif zu schießen. Politstrategen mit Message-Control-Ambitionen und Dirty-Campaigning-Tricks halfen, die Zerschlagung des Systems durchzuboxen. Die Chronologie eines Masterplans ohne Rücksicht auf Sachpolitik und ArbeitnehmerInneninteressen.

angefügt. Demnach werden durch Personalreduktion bis 2026 Einsparungen von gesamt 350 Millionen erwartet. Die Regierung geht freilich offenbar weiter davon aus, dass man indirekt noch auf anderen Gebieten Kosten reduzieren kann, und redet von Einsparungen in Höhe von einer Milliarde Euro bis 2023. Im Begutachtungsentwurf sieht man dagegen bloß ein Potenzial von rund 33 Millionen Euro. Dies greift auch der Rechnungshof auf: Die Darstellung der Kosten sei ungenügend. Die Fusionskosten würden von der Regierung überhaupt nicht berücksichtigt.

3. OKTOBER **Mehr Geld für Privatspitäler, weniger für Krankenkassen.** Während die Regierung bei Sozialversicherungsträgern und Krankenkassen den Rotstift ansetzt, kündigt sie an, den Privatspitälern ab 2019 zusätzliche 14,7 Mio. Euro zu geben. Bemerkenswert: Per Gesetz soll künftig die Privatklinik Währing, für die sich in der Vergangenheit vor allem die FPÖ starkgemacht hatte, öffentliche Mittel erhalten. Das Geld soll zu zwei Dritteln von den Krankenkassen kommen.

19. OKTOBER **Verheerende Kritik von VerfassungsjuristInnen.** Die Begutachtungsfrist endet. 75 Stellungnahmen zu dem Gesetzesentwurf sind im Parlament einge-

gangen. Besonders vernichtend fallen neben der Kritik der Gewerkschaften die Stellungnahmen von Rechnungshof und Verfassungsdienst aus. Die heiklen Punkte sind unter anderem der steigende Einfluss von Ministerien durch ein Weisungsrecht für den künftigen Dachverband und die neue Machtfülle der Arbeitgeber in der ÖGK, obwohl sie dort nicht versichert sind. Die Einführung von Selbstbehalten sei damit nur eine Frage der Zeit.

24. OKTOBER **Die geplanten Eignungstests für FunktionärInnen sorgen für heftige Diskussionen.** Sogar Gerald Loacker von den NEOS, der nicht gerade dafür bekannt ist, Gewerkschaften die Mauer zu machen, spricht davon, dass BetriebsrätInnen dadurch benachteiligt wären. Denn ausgenommen sind: GeschäftsführerInnen für fünf Jahre von einem Verein oder einer juristischen Person (z. B. GmbH) oder Studium Jus oder Wirtschaft.

10. DEZEMBER **Beitragssenkung für Unternehmen, Leistungssenkung für Versicherte.** Die Regierung kündigt an, gleich nach dem Umbau der Sozialversicherung die Beiträge senken zu wollen. Was das heißt, liegt auf der Hand: Leistungskürzungen für ASVG-Versicherte. Auch

der Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres befürchtet Kürzungen als einzige Möglichkeit. „Schon jetzt sind die Krankenversicherungen unterfinanziert. Wenn man Beiträge senkt, bedeutet das Leistungseinbußen, weil es weniger Kassenärzte geben wird. Es fördert die Zwei-Klassen-Medizin“, sagte er zur „Presse“ im Dezember.

13. DEZEMBER **Eile wegen massiver Kritik.** Die Bundesregierung beschließt wegen der vielen Bedenken ihre Vorhaben nun im Eilzugtempo und zieht nur fünf Tage nach dem Ende der Begutachtung die Kassenreform im Ministerrat durch. Der Nationalrat beschließt am 13. Dezember mit Stimmen der Regierungsparteien das neue Gesetz.

2019 1. JÄNNER **Schlusspunkt der Zerstörung.** Das Gesetz trat Anfang des Jahres in Kraft. 2020 soll es dann statt der neun Gebietskrankenkassen nur noch eine Gesundheitskasse geben. Leistungsharmonisierung und Patientenmilliarde wird es aber trotzdem nicht geben. Stattdessen kommt eine drittklassige Medizin für sieben Millionen Versicherte.



1.500 Euro mit 1. Dezember 2018 umgesetzt

Textilindustrie erreicht Mindestlohn-Etappenziel

Als erste Branche konnte die Textilindustrie im März 2017 die schrittweise Erhöhung der Mindestlöhne auf 1.500 Euro vereinbaren und war damit wichtiger Vorreiter für viele andere Kollektivverträge. Während die Spitzen der Sozialpartnerschaft noch über Eckpunkte der politischen Zielsetzung verhandelten, zeigte die Branche, wie es machbar ist. In einem Stufenplan in drei Etappen wurde für die Beschäftigten der Mindestlohn von 1.500 Euro vereinbart, der mit 1. Dezember 2018 seine Gültigkeit erreicht hat.



BUCHTIPP

DIE NEUE ARBEITERINNENKLASSE

Veronika Bohrn-Mena, Die neue ArbeiterInnenklasse – Menschen in prekären Verhältnissen

Die Arbeitswelt wird zunehmend durch Angst und Unsicherheit geprägt. Mehr als zehn Prozent der Beschäftigten befürchten, dass sie innerhalb der nächsten sechs Monate ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Befristete Arbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung nehmen zu. Frauen sind davon noch stärker betroffen als Männer. Das durch die ArbeiterInnenbewegung hart erkämpfte Normalarbeitsverhältnis droht zu verschwinden.

Das Buch verdeutlicht, dass für Arbeitende kein Weg daran vorbeiführt, sich selbst als Kollektiv zu begreifen. Solidarisches Handeln stellt für lohnabhängige Menschen die einzige Möglichkeit zum Machtausgleich dar. Dieser ist nötig, um ein selbstbestimmtes, sicheres und chancengerechtes Leben für alle durchzusetzen.

ÖGB-Verlag, 206 Seiten, 19,90 EUR, ISBN 978-3-99046-325-3
Bestellmöglichkeit unter: www.besserewelt.at

Handelsabkommen

Anders Handeln

Anders Handeln ist ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem landwirtschaftlichen, kulturellen, gewerkschaftlichen, kirchlichen, feministischen, umwelt-, entwicklungs- und handelspolitischen Bereich, an dem auch die PRO-GE beteiligt ist.



Bisher lag der Fokus der Arbeit auf dem Stopp diverser Handelsabkommen, die eine Menge Nachteile für das Leben der Menschen in den betroffenen Regionen bringen. Während Konzerne in Handelsabkommen Sonderklagerechte zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen erhalten, sind Arbeitsrechte und ihr Schutz nachrangig und zahnlos. Anders Handeln will Arbeits- und Sozialstandards ausbauen, egal, wo produziert wird.

Mehr Infos: anders-handeln.at



Europa: Arbeit 4.0. – Starke Tarifverträge

Im Dezember 2018 nahmen über 200 Delegierte an der tarifpolitischen Konferenz „Arbeit 4.0 – Starke Tarifverträge, um die Digitalisierung zu gestalten“ von industriAll Europe in Bratislava, Slowakei, teil. Die GewerkschafterInnen diskutierten über die Rolle von Kollektivvertragsverhandlungen und ArbeitnehmerInnenrechten angesichts der Digitalisierung.

Darüber hinaus standen die Entwicklungen in den Kollektivverträgen, vor allem auf dem Niedriglohnsektor, die zunehmende Ungleichheit im Lohngefälle zwischen Ost- und Westeuropa sowie Arbeitszeit und die Zukunft der Rentensysteme im Fokus der Beratungen.

Infos: news.industrial-europe.eu



KV-Abschluss Metallindustrie & Bergbau

Dank Warnstreiks bis zu +4,3 %

Neun Wochen, über hundert Verhandlungsstunden in 24 Runden, Betriebsversammlungen und sogar Warnstreiks: Die KV-Verhandlungen für die rund 192.000 Beschäftigten in Metallindustrie & Bergbau waren dieses Jahr intensiv wie selten zuvor. Am Ende gelang dann doch ein Abschluss. Die Löhne steigen zwischen 3,4 und 4,3 Prozent. Dazu konnten negative Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes der Regierung korrigiert werden.

Mit 3,4 bis 3,6 Prozent mehr Lohn gegenüber einer Inflationsrate von etwas über 2,0 Prozent standen am Schluss die höchsten Realloohnerhöhungen in der Metallindustrie seit über zehn Jahren zu Buche. Durch den Mindestbetrag von 80 Euro sind sogar Erhöhungen bis zu +4,3 Prozent in den niedrigen Beschäftigungsgruppen möglich. Doch der Weg vom Verhandlungsstart am 20. September, bis mit dem letzten ausständigen Abschluss mit dem Fachverband der Nichteisenmetallindustrie am 22. November der Erhalt des einheitlichen KV Metallindustrie & Bergbau feststand, war lang und hart.

Mindestens 1.120 Euro mehr im Jahr.

Erst mit bis zu dreistündigen Warnstreiks mit über 75.000 TeilnehmerInnen in mehr als 240 Betrieben konnte der entscheidende Durchbruch bei den Verhandlungen der metalltechnischen Industrie erzwungen werden. Die Mindestlöhne werden in den Beschäftigungsgruppen (BG) A und B um 3,6 Prozent, den BG C–F um 3,5 Prozent und in der BG G um 3,4 Prozent erhöht. Die Ist-Löhne steigen um dieselben Prozentsätze, mindestens aber um 80

Euro monatlich. Das bedeutet für jeden Beschäftigten mindestens 1.120 Euro mehr im Jahr.

Bis zu +16 Prozent für Lehrlinge. Besonders kräftig fallen auch die Erhöhungen für die rund 7.500 Lehrlinge aus. Die Lehrlingsentschädigungen werden im ersten Lehrjahr von 619 auf 719 Euro angehoben, im zweiten Lehrjahr von 830 auf 920 Euro, im dritten von 1.124 auf 1.204 Euro und im vierten von 1.520 auf 1.590 Euro. „Das bedeutet einen kräftigen Einkommensanstieg von bis zu 16 Prozent, den wir für die Lehrlinge erreichen konnten“, freut sich Josef Rehberger, Bundesjugendvorsitzender der PRO-GE, über den Verhandlungserfolg.

Höhere Zuschläge und mehr Pausen.

Neben den Lohnerhöhungen bildete das Thema Arbeitszeit einen Schwerpunkt der diesjährigen Verhandlungen. Die Gewerkschaften waren angetreten, die negativen Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes der Regierung in den Kollektivverträgen auszugleichen. Erreicht wurden unter anderem ein 100-prozentiger Zuschlag für die 11. und 12. Arbeitsstunde und eine zusätzliche bezahlte Pause bei Arbeitszeiten über zehn Stunden. Mehr dazu auf Seite 14.

Einheitlicher Metaller-KV durchgesetzt.

Einmal mehr haben PRO-GE und GPA-djp auch idente Abschlüsse mit allen sechs Fachverbänden und Berufsgruppen der Metallindustrie erreicht. Damit ist den Gewerkschaften auch im siebenten Jahr, nachdem die Arbeitgeberseite ihre Verhandlungsgemeinschaft aufgelöst hatte, der Erhalt des einheitlichen Kollektivvertrags gelungen. „Dieser Abschluss war nur durch den Druck aus den Betrieben möglich“, hält PRO-GE Verhandlungsleiter Rainer Wimmer fest. „Die große Solidarität und Kampfbereitschaft der Beschäftigten sowie das Engagement der BetriebsrätInnen haben sich ausgezahlt.“

Das Ergebnis im Überblick:

- KV-Löhne +3,4 bis +3,6 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.914,61 Euro
- Ist-Löhne +3,4 bis 3,6 Prozent, mindestens aber 80 Euro
- Lehrlingsentschädigungen: Erhöhung um 100/90/80/70 Euro
- Zulagen +3,5 Prozent
- Nachtarbeitszulage: Erhöhung in vier Jahresetappen um jeweils rund 7 Prozent auf 2,52 Euro
- Aufwandsentschädigungen im Durchschnitt +2,1 Prozent

Rahmenrechtliche Verbesserungen:

- Überstundenzuschlag: 100 % für die elfte und zwölfte und nach der 50. Stunde ab 1.7.2019
- Bezahlte Pause: zehn Minuten bei Arbeitszeiten über zehn Stunden
- 150 % Zuschlag bei ausnahmsweiser Wochenendarbeit
- Geltungsbeginn: 1. November 2018

Kollektivvertragsabschluss Metallindustrie & Bergbau 2018

Dank eurem Einsatz erreicht!

Die Verhandlungen verliefen in diesem Jahr sehr hart. Sieben Runden waren nötig, um mit dem Fachverband der Metalltechnischen Industrie zu einer Einigung zu kommen. Mit Aktionstagen und Betriebsversammlungen bis hin zu Warnstreiks trieben PRO-GE und GPA-djp die Verhandlungen voran. „Nur dank diesem Druck aus den Betrieben konnten die diesjährigen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden“, resümiert PRO-GE Verhandlungsleiter Rainer Wimmer.



ARGE Aufzüge



Borbet Ranshofen



Collini Wien



Lehrlinge Fa. Kostwein Kärnten



Bilfinger Rohrtechnik



GE Jenbacher



KBA Mödling

Die Metallindustrie-Verhandlungen 2018: Eine Chronologie in Bildern



18. September: Bei der KV-VerhandlerInnenkonferenz des ÖGB werden für alle Branchen Strategien festgelegt, um die Nachteile aus den Arbeitszeitänderungen der Regierung auszugleichen.



20. September: Übergabe des Forderungsprogrammes an alle Fachverbände der Metallindustrie. PRO-GE und GPA-djp legen ihre Forderung für Lohnerhöhungen auf fünf Prozent fest.



18. Oktober: „High Five für +5%“ – nach der ergebnislosen dritten Runde mit dem FMTI informiert die PRO-GE mit einem Aktionstag in den Betrieben die Beschäftigten über die zähen Verhandlungen.



RHI Magnesita



STIWA Attnang-Puchheim



Eisenbeiss GmbH Enns



Rosenbauer



Schoeller Bleckmann Edelstahlrohr Ternitz



voestalpine Stahl Linz Lehrlinge



voestalpine Stahl Linz



Watt drive



Wacker Neuson Linz



Leobersdorfer Maschinenfabrik

Mehr Bilder auf flickr.com/proge



25. Oktober: Nach vier Runden steht das Angebot des FMTI bei zwei Prozent. In österreichweiten BR-Konferenzen wird beschlossen, von 1. bis 7. November Betriebsversammlungen durchzuführen.



12. bis 15. November: Nachdem trotz Betriebsversammlungen in der fünften Verhandlung keine Einigung erzielt wird, werden in über 240 Betrieben Warnstreiks von bis zu drei Stunden abgehalten.



18. November: Nach acht Wochen und sieben Runden erkämpfen die Gewerkschaften den Abschluss mit dem FMTI. In den Tagen darauf folgen idente Abschlüsse mit den anderen Fachverbänden.

Arbeitszeitregelungen in den Kollektivverträgen

Die Schiefelage beseitigen

Ende September hielt der ÖGB eine Konferenz mit über 900 KollektivvertragsverhandlerInnen aus allen Branchen ab. Das Ziel: die negativen Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes der Regierung in den Kollektivverträgen zu korrigieren, mit den Schwerpunkten Rechtssicherheit, Überstundenentlohnung und Selbstbestimmung. Bei den KV-Verhandlungen im Herbst machte sich die PRO-GE an die Umsetzung.



In der Metallindustrie wird ab der dritten Stunde über der Normalarbeitszeit sowie ab der 51. Arbeitsstunde in der Woche ab 1. Juli ein 100-prozentiger Zuschlag fällig. Die bisher befristete Regelung eines mindestens 50-prozentigen Zuschlags an Samstagen und eines mindestens 150-prozentigen Zuschlags an Sonn- und Feiertagen wird dauerhaft im Kollektivvertrag aufgenommen. Auch die dafür geltende Wahlfreiheit der ArbeitnehmerInnen, sich zwischen Zeit und Geld zu entscheiden, bleibt. Zusätzlich wird die Nachtarbeits- bzw. Nachtschichtzulage in vier Jahresetappen um insgesamt 28 Prozent erhöht. Bei Tagesarbeitszeiten von mehr als zehn Stunden ist künftig eine zusätzliche bezahlte Pause von mindestens zehn Minuten vorzusehen. Für die außerordentliche Wochenend- und Feiertagsarbeit gebührt eine 18-minütige bezahlte Pause pro Schicht.

Absicherung der Freiwilligkeit. Einer der größten Kritikpunkte am Regierungsbeschluss betrifft die „Zusicherung“ der Freiwilligkeit bei der 11. und 12. Stunde. Die Kollektivvertragspartner in Metallindustrie und

Bergbau haben daher im KV-Abschluss eine bemerkenswerte Erklärung aufgenommen, um eine branchen- und praxisgerechte Umsetzung des Freiwilligkeitsprinzips zu gewährleisten. Darin sichern die Arbeitgeber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu, das freiwillige Ablehnungsrecht „frei von Angst und Druck“ ausüben zu können. Zur Kontrolle wird eine gemeinsame, paritätisch zu besetzende Monitoring-Kommission eingesetzt.

Metallgewerbe: Zuschläge und Pausen. Im Metallgewerbe ist bei langen Arbeitstagen über 10 Stunden künftig eine zusätzliche bezahlte Pause von 10 Minuten vorzusehen. Ab der dritten Überstunde eines Arbeitstages wird bis 19 Uhr künftig ein 75-prozentiger Zuschlag ausbezahlt (ab 19 Uhr gilt wie bisher ein 100-prozentiger Zuschlag). Die Nachtarbeitszulage wird in vier Jahresetappen von jeweils rund sieben Prozent auf 2,53 Euro angehoben. Mittels Betriebsvereinbarung kann ein neues Modell angewandt werden. Innerhalb eines Durchrechnungszeitraums von acht bzw. 13 Wochen kann die tägliche Normalarbeitszeit auf zehn Stunden ausgedehnt werden, wenn die durchschnittliche wöchentliche Normalarbeitszeit innerhalb dieses Zeitraums 36

Stunden nicht überschreitet. Die Normalarbeitszeit in einzelnen Wochen darf 50 Stunden (bei acht Wochen Durchrechnung) bzw. 48 Stunden (bei 13 Wochen) nicht überschreiten.

Brauindustrie: 100 Prozent auf 11. und 12. Stunde. Auch in der Brauindustrie wurden die diesjährigen KV-Verhandlungen hart geführt. Erst unter Androhung von Warnstreiks gelang für die rund 3.500 Brauerei-Beschäftigten ein erfolgreicher Abschluss. Auch hier stand neben den Lohnerhöhungen um 3,2 Prozent die Arbeitszeit im Fokus. Für die elfte und zwölfte Arbeitsstunde bzw. ab der 51. Wochenstunde gilt künftig ein Zuschlag von 100 Prozent. Dazu wurde eine bezahlte Pause von zehn Minuten nach der elften Stunde vereinbart.

OGT-Industrie: Umziehpausen. In der Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie wurden die KV-Mindestlöhne mit 1. Dezember um 3,0 Prozent erhöht, die Dienstalterszulagen zwischen 2,2 und 5,3 Prozent. Bezüglich Arbeitszeit regelt der Kollektivvertrag ab 1. Februar, dass vor Leistung einer 11. und 12. Arbeitsstunde bzw. dritten und vierten Überstunde das Einvernehmen mit dem Betriebsrat herzustellen ist. Weiters ist eine bezahlte Pause von 15 Minuten zu gewähren. Zusätzlich erreichte die PRO-GE eine Abgeltung für das An-/Ablegen vorgeschriebener Arbeitskleidung in Form von „Kurzpausen“ von acht Minuten pro Schicht oder Arbeitstag. Zusammengerechnet ergeben diese Pausen mehr als vier Arbeitstage pro Jahr.

Konkrete Verbesserungen erreicht. „Wir haben uns vor den Verhandlungen zum Ziel gesetzt, dass sich einerseits für Beschäftigte, die lange Arbeitszeiten leisten, das auch lohnen muss und andererseits jene geschützt werden müssen, die Überstunden ablehnen“, erinnert PRO-GE Verhandlungsleiter Rainer Wimmer. „Mit diesem Abschluss haben wir ganz konkrete Verbesserungen in diese Richtung erzielt.“

Herbstlohnrunde 2018

3,3 Prozent mehr im Metallgewerbe

Für die mehr als 110.000 ArbeiterInnen im Metallgewerbe hat die PRO-GE bei der diesjährigen Herbstlohnrunde ein Plus von 3,3 Prozent erreicht. Besonders kräftige Erhöhungen sind für die rund 17.000 Lehrlinge gelungen, die Lehrlingsentschädigungen steigen um durchschnittlich 7,1 Prozent.

Einen erfolgreichen Abschluss in der zweiten Verhandlungsrunde hat die PRO-GE am 6. Dezember bei den Kollektivvertragsverhandlungen im Metallgewerbe erzielt. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne werden ebenso wie die Ist-Löhne ab 1. Jänner um 3,3 Prozent erhöht, auch die Zulagen werden mit diesem Prozentsatz erhöht. Eine Ausnahme bildet die Nachtarbeitszulage. Diese wird in vier Jahresetappen von jeweils rund sieben Prozent auf 2,53 Euro angehoben.

Erfolgreich für Lehrlinge. Einen kräftigen Einkommensanstieg hat die PRO-GE auch für die Lehrlinge erreicht. Die Lehrlingsentschädigungen werden im ersten Lehrjahr auf 675 Euro angehoben, im zweiten Lehrjahr auf 850 Euro, im dritten auf 1.120 Euro und im vierten auf

Das Ergebnis im Überblick:

- KV-Mindestlöhne +3,3 Prozent
- Ist-Löhne +3,3 Prozent
- Neuer Mindestlohn 1.882,69 Euro
- Lehrlingsentschädigungen 675/850/1.120/1.490 Euro (durchschnittliche Erhöhung 7,1 Prozent)
- Zulagen und Aufwandsentschädigungen +3,3 Prozent
- Jährlich +7,0 Prozent mehr für Nachtarbeit bis 2021
- 10 Minuten bezahlte Pause nach der 10. Arbeitsstunde
- Anhebung der Zuschläge bei der dritten und den folgenden Überstunden vor 19 Uhr und nach der 50. Arbeitsstunde auf 75 Prozent
- Geltungsbeginn: 1. Jänner 2019



1.490 Euro. Die Erhöhungen werden im Durchschnitt 7,1 Prozent betragen.

Mehr Zuschläge und zusätzliche Pause.

Neben den Lohnerhöhungen stand die Arbeitszeit im Mittelpunkt der Verhandlungen. Für lange Arbeitstage über 10 Stunden wurden eine zusätzliche bezahlte Pause von 10 Minuten und 75-prozentige Zuschläge erreicht. Vereinbart wurde auch ein neues Arbeitszeitmodell, das über Betriebsvereinbarung umgesetzt werden kann (mehr dazu auf Seite 16).

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. September:

Brauindustrie: KV-Löhne +3,2 Prozent; Zulagen +2,1 Prozent; Zuschlag von 100 Prozent für die elfte und zwölfte Arbeitsstunde bzw. ab der 51. Wochenstunde, 10-minütige bezahlte Pause nach der elften Arbeitsstunde; Laufzeit 13 Monate.

Ab 1. Dezember:

Alkoholfreie Erfrischungsgetränkeindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, Dienstalterszulage +1 Cent/Std; Verkaufsprovisionen +3,0 Prozent, Zehrgelder +2,1 Prozent; 100 Prozent Zuschlag für die 11. und 12. Stunde sofern 3. oder 4. Überstunde, 100 Prozent Zuschlag ab der 51. Stunde, sofern es sich um Überstunden handelt; Laufzeit 13 Monate.

Obst-, Gemüseveredelungs- und Tiefkühlindustrie: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn LK 4 1.725,11 Euro; Dienstalterszulage +2,2 bis +5,3 Prozent, neue DAZ-Kategorie nach 30 Dienstjahren; Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent; Zehrgelder +2,1 Prozent; Begünstigungsklausel für die Beibehaltung bei Überzahlung; Weihnachtsremuneration mit dem höheren Lohn; Laufzeit: 13 Monate; neue Arbeitszeitregelungen ab 1. Februar (siehe Seite 16).

ALLE KV-ABSCHLÜSSE DER PRO-GE: WWW.LOHNRUNDEN.AT

Ab 1. Jänner:

Bekleidungs-gewerbe: Fortführung der Umsetzung 1.500 Euro Mindestlohn bis 31.12.2020: KV-Löhne durchschnittlich +4,21 Prozent (bis zu +5,08 Prozent in den untersten Lohngruppen), neuer Mindestlohn 1.380,40 Euro; Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent; Aufnahme von Verhandlungen zum Rahmenkollektivvertrag vereinbart.

Chemisches Gewerbe: KV-Löhne +2,4 bis +5,3 Prozent (Durchschnitt +3,67 Prozent), neuer Mindestlohn 1.425,67 Euro; Lehrlingsentschädigungen +3,0 Prozent; Zulagen +3,0 Prozent; Anrechnung der Karenzzeiten für dienstzeitabhängige Ansprüche.

Glasbläser- und Glasinstrumentenerzeuger: KV-Löhne Lohngruppen 1,2 +3,0 Prozent, LG 3 +3,5 Prozent (Durchschnitt +3,15 Prozent), neuer Mindestlohn 1.487,79 Euro; Lehrlingsentschädigungen durchschnittlich +4,4 Prozent; Anrechnung der Karenzzeiten für dienstzeitabhängige Ansprüche.

Vulkaniseure: KV-Löhne +3,0 Prozent, neuer Mindestlohn 1.619,83 Euro; Lehrlingsentschädigungen +3,5 Prozent; Zulagen +3,0 Prozent; Anrechnung der Karenzzeiten für dienstzeitabhängige Ansprüche.

Arbeiterkammerwahl 2019

Wir stehen hinter unserer AK!



3,7 Millionen Menschen sind Mitglieder der Arbeiterkammern. Sie sind in den kommenden Monaten aufgerufen, das ArbeitnehmerInnen-Parlament in ihrer jeweiligen Länderkammer zu wählen.

Die Arbeiterkammer-Mitgliedschaft lohnt sich: Allein im Jahr 2017 hat die AK ihren Mitgliedern 507,1 Millionen Euro gebracht. Rund 231,9 Millionen Euro wurden in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten, in Insolvenzrechtsangelegenheiten und im KonsumentInnen-schutz herausgeholt. Dazu kommen rund 229 Millionen Euro aus Sozialrechtsangelegenheiten, und im Rahmen der Steueraktion konnten durch die Unterstützung bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung 41 Millionen Euro vom Finanzamt zurückgeholt werden. Darüber hinaus wurden Bildungsgutscheine im Wert von fünf Millionen Euro ausgegeben. Beachtlich ist auch die Zahl der Beratungen, die sich im Jahr 2017 auf zwei Millionen belief. Trotz dieser Erfolge wird die Arbeiterkammer vonseiten der ÖVP-FPÖ-Regierung torpediert. Das verwundert wenig, ist die AK doch Garant dafür, dass die ArbeitnehmerInnen mit einem starken Partner an ihrer Seite ihre Rechte gegenüber den Arbeitgebern durchsetzen können.

Alle fünf Jahre haben die AK-Mitglieder die Möglichkeit, demokratisch mitzubestimmen und ihre VertreterInnen zu wählen. 2019 ist es wieder so weit, und in Zeiten, in denen versucht wird, die Vertretung der ArbeitnehmerInnen zu schwächen, ist es umso wichtiger, mit einer hohen Wahlbeteiligung ein klares Signal zu senden. Doch wie läuft eine AK-Wahl ab? Die wichtigsten Fragen und Antworten im Überblick.

Wer wird gewählt? Gewählt wird das ArbeitnehmerInnen-Parlament, also die Vollversammlung der jeweiligen Länderkammer. Die so ermittelten KammerrätInnen wählen in ihrem Bundesland den/die AK-Präsidenten/-präsidentin

und den Vorstand. Sie überwachen das Budget der AK und somit die korrekte Verwendung der Mitgliedsbeiträge. Die KammerrätInnen aus den Ländern werden auch in die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer entsandt sowie in Gremien der Sozialversicherungsträger, wie zum Beispiel der AUVA und der Pensionsversicherungsanstalt.

Wer ist wahlberechtigt? Automatisch wahlberechtigt sind alle – am Stichtag – umlagepflichtigen AK-Mitglieder. Dazu gehören Angestellte, ArbeiterInnen und freie DienstnehmerInnen. Nicht automatisch wahlberechtigt sind Arbeitslose, die AK-Mitglieder sind, geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Präsenz- und Zivildienstler im aufrechten Beschäftigtenverhältnis und Lehrlinge. Sie können sich aber per Antrag rechtzeitig in die Wählerliste eintragen lassen.

Wie wird gewählt? In zahlreichen Betrieben werden Betriebswahlsprengele eingerichtet. Je nach Betriebsstruktur sind mehrere Wahlzeiten und unterschiedliche Wahlorte für einen Betrieb möglich. Die Wahl im Betriebswahlsprengele kann an einem oder mehreren Tagen innerhalb des Wahlzeitraums stattfinden.

Wahlberechtigte, die nicht in ihrem Betrieb wählen können, weil kein Betriebswahlsprengele eingerichtet ist, bekommen automatisch eine Wahlkarte zugesandt. Mit der Wahlkarte können die Wahlberechtigten einfach und bequem wählen: entweder per Briefwahl oder in einem der öffentlichen Wahllokale.

Wer einem Betriebswahlsprengele zugeordnet ist, aber zum Zeitpunkt der Wahl im Betrieb nicht anwesend sein wird, kann ebenfalls – rechtzeitig – eine Wahlkarte beantragen, um seine Stimme per Briefwahl oder in einem der öffentlichen Wahllokale abzugeben.

Infos: arbeiterkammer.at

BUNDESLAND	WAHLTERMINE	STICHTAG
Vorarlberg	28.01.–07.02.2019	05.11.18
Tirol	28.01.–07.02.2019	05.11.18
Salzburg	28.01.–08.02.2019	08.10.18
Kärnten	04.03.–13.03.2019	26.11.18
Oberösterreich	19.03.–01.04.2019	03.12.18
Burgenland	20.03.–02.04.2019	03.12.18
Niederösterreich	20.03.–02.04.2019	03.12.18
Wien	20.03.–02.04.2019	03.12.18
Steiermark	28.03.–10.04.2019	19.12.18

International

Gewerkschaften engagieren sich für LGBTI-ArbeiterInnen

Der Weltgewerkschaftsdachverband IUL der LebensmittelarbeiterInnen und des Agrar- und Gastronomie-sektors hat am 18. und 19. Oktober in Wien zu einer internationalen Konferenz geladen, um die Anliegen von LGBTI-ArbeiterInnen zu beraten.



Diskriminierung von LGBTI-(Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender oder Intersexual-)Beschäftigten ist nach wie vor eine alltägliche Erfahrung. Selbst in den gewerkschaftlichen Strukturen tut man sich manchmal mit der Einbindung von LGBTI-ArbeiterInnen schwer. Weltweit gibt es große Unterschiede bei den Arten von Diskriminierung: So wussten KonferenzteilnehmerInnen aus Afrika zu berichten, dass Menschen, die sich als LGBTI outen, eingesperrt oder sogar umgebracht werden.

Österreichisches Vorzeigebispiel. „different together“ ist eine Initiative des Betriebsrats und Beauftragten für Diversity Management des REWE-Konzerns, Karl Gietler. Er betont, dass sie in dem Netzwerk AnsprechpartnerInnen für lesbische, schwule und transsexuelle MitarbeiterInnen sind und dass es wichtig ist,

gegen Diskriminierung vorzugehen. Das braucht aber auch die Unterstützung der Konzernführung.

Auch in Österreich nicht „wurscht“. Für Österreich hat die Arbeiterkammer eine Studie zur Arbeitssituation der ca. 200.000 bis 300.000 unselbstständig Beschäftigten LGBTI-Personen in Auftrag gegeben. Die Ende September präsentierten Ergebnisse kurz zusammengefasst: Die öffentliche Akzeptanz und rechtliche Situation in Österreich haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert. Dass sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten am Arbeitsplatz keine Rolle spielen, ist aber nur eine Wunschvorstellung.

PRO-GE Frauen

ILO will Belästigung am Arbeitsplatz bekämpfen

Frauen müssen am Arbeitsplatz besser geschützt werden. Die ILO erarbeitet deshalb eine Konvention, die im kommenden Jahr in Kraft treten soll.

Jedes Jahr starten am 25. November die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Psychische oder physische Gewalt gegen Frauen spielt sich nicht nur in der Familie oder im öffentlichen Raum ab, sondern oftmals auch am Arbeitsplatz. Für die PRO-GE Frauenvorsitzende Klaudia Friebe ist klar, dass Hand-

lungsbedarf besteht: „Die #metoo-Bewegung hat gezeigt, wie weit verbreitet dieses Thema ist und dass es sich durch alle Berufsgruppen und Hierarchieebenen zieht. Es ist höchst an der Zeit, noch konsequenter gegen Gewalt und sexuelle Belästigung in der Arbeitswelt vorzugehen.“

Handlungsbedarf auch in Österreich.

Derzeit wird von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eine Konvention für den Kampf gegen Belästigung und Gewalt erarbeitet. Der Startschuss dafür fiel auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Juni 2018, präsentiert wird sie

im Juni 2019. „Diese Konvention ist ein wichtiger Vorstoß, um insbesondere in jenen Staaten, die dem Thema bisher weniger Aufmerksamkeit geschenkt haben, die Situation für die Beschäftigten zu verbessern. Aber auch in Österreich gibt es Handlungsbedarf, denn die Beschwerden bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sind zuletzt gestiegen. Ich fordere die Bundesregierung auf, die Konvention der ILO mit aller Kraft zu unterstützen und sich im Jahr 2019 dafür einzusetzen, dass sie rasch und vollständig ratifiziert wird“, sagt Friebe.

Achtung, Kamera!



Jubilarehrung PRO-GE Linz: Kollege Ludwig Scheuchenpflug wurde für seine 70-jährige Treue zur Gewerkschaft geehrt. Als Gratulanten stellten sich PRO-GE ÖO Landessekretär Michael Seemayer (links), PRO-GE ÖO Landesvorsitzender Hans Karl Schaller (2. von links) sowie AK-ÖÖ-Präsident Johann Kalliauer (rechts) ein.



Karitativ: Betriebsrat Franz Maierhofer von der Firma Knapp AG aus Hart/Graz sammelte auch heuer wieder rund 400 Weihnachtspakete für gute Zwecke.



Borealis: GewerkschafterInnen aus vielen Ländern haben beim Meeting des Europabetriebsrats des Unternehmens im Dezember in Wien über die Belange der Beschäftigten beraten.



Frauenpower: Die Vorarlberger Kolleginnen hatten die längste Anreise zum PRO-GE Bundesfrauenvorstand, der im Dezember in Wien stattfand.

Jubilarehrung PRO-GE Thörl: Die Vorsitzende der PRO-GE Ortsgruppe Thörl, Sigrid Maier (rechts vorne), und viele Ehrengäste bedankten sich für die langjährige Treue zur Gewerkschaft. Kollege Josef Binder (in der Bildmitte) wird für 70 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Kollege Otmar Maderthamer (2. von links) und Kollege Ernst Karelly (2. von rechts) wird für die 65-jährige Mitgliedschaft gratuliert.



International: Arbeitsbesuch einer Delegation des litauischen Gewerkschaftsdachverbands und der Textilgewerkschaft Solidarumas im November in der PRO-GE Zentrale in Wien.

PensionistInnen: Die burgenländischen KollegInnen treffen sich regelmäßig zum PRO-GE „PensionistInnenfrühstück“ in verschiedenen Firmen, um sich über aktuelle Themen auszutauschen.



Alles, was Recht ist

Hartz IV bald auch in Österreich?

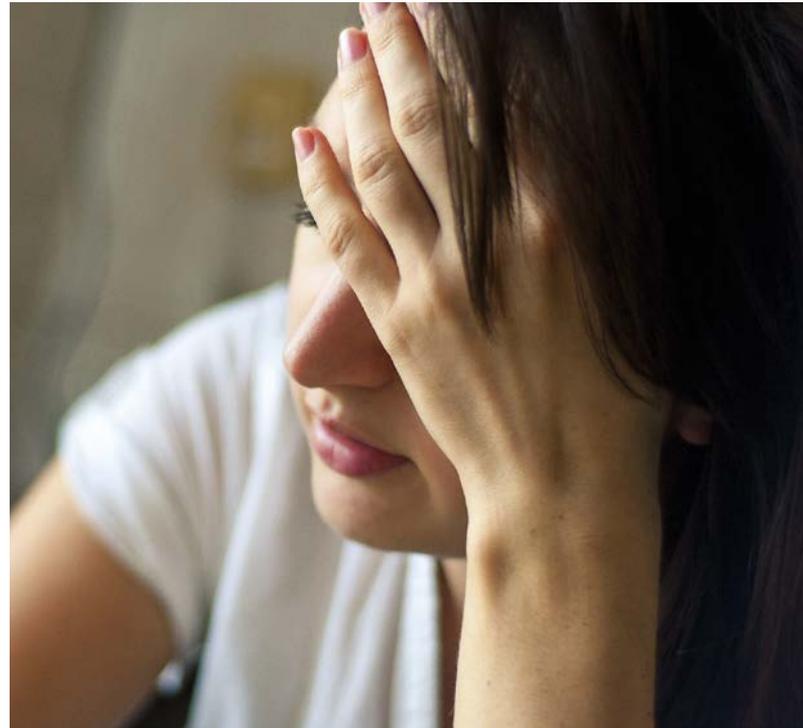
Die Regierung hat vor, die Mindestsicherung teilweise drastisch zu kürzen. Darüber hinaus soll die Notstandshilfe gestrichen und durch die niedrigere Mindestsicherung Neu ersetzt werden. Die Regierung will damit den Druck auf Arbeitslose erhöhen, schneller eine Arbeit zu finden. Ein Blick nach Deutschland mit 15 Jahren Hartz IV zeigt aber eine andere Realität.

Bei der Mindestsicherung drohen laut den derzeitigen Regierungsplänen vor allem Elternpaaren mit Kindern erhebliche Einbußen. Darüber hinaus wären Personen ohne Pflichtschulabschluss oder ohne Nachweis von ausreichenden Deutsch- bzw. Englischkenntnissen und sogenannte Aufstocker-Personen, die zwar erwerbstätig sind, aber zu wenig verdienen, von den Kürzungen betroffen.

Aus für Versicherungsleistung. Massive Auswirkungen hätten die Einschnitte aber vor allem auf BezieherInnen von Notstandshilfe. Damit würde man, wenn man länger arbeitslos ist, nicht wie bisher in die Notstandshilfe rutschen, sondern Mindestsicherung beantragen müssen. Damit würde der Staat künftig auf Sparbuch und Eigentum von Arbeitslosen zugreifen, denn um Mindestsicherung zu erhalten, darf man derzeit maximal rund 4.200 Euro an Vermögen behalten. Laut einer internen WIFO-Studie für das Sozialministerium würde durch die geplante Abschaffung der Notstandshilfe künftig ein Drittel der Arbeitslosen, das wären 121.000 Personen, keine Leistung mehr bekommen. Besonders betroffen wären Behinderte.

Ausweitung Niedriglohnsektor. Wer arbeitslos wird, stünde damit noch stärker unter Druck, jede Arbeit anzunehmen, egal wie schlecht diese bezahlt ist, um den Zugriff auf sein Vermögen zu verhindern. Das ermöglicht es Unternehmen, selbst bei guter Konjunktur und hohen Beschäftigungszahlen die Löhne zu drücken. Um die Auswirkungen davon zu sehen, reicht ein Blick nach Deutschland. Das dortige Hartz-IV-System gleicht nämlich im Wesentlichen der österreichischen Abschaffung der Notstandshilfe.

Das bestätigt auch Hartz-IV-Experte Wilhelm Adamy, der Österreich im Interview mit der „Tiroler Tageszeitung“ vor Fehlern warnt: „Man hat die Arbeitslosenhilfe durch Sozialhilfe ersetzt. Das ist ein komplett anderer Zugang, wenn es keinerlei Orientierung am vorherigen



Arbeitslohn mehr gibt. Der Weg vom Beschäftigten zum bzw. zur SozialhilfeempfängerIn hat sich deutlich verkürzt. Nicht zuletzt ist das Armutsrisiko in Deutschland mittlerweile größer als in allen EU-Ländern. Dazu ist es durch Hartz IV schwerer geworden, Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zurückzubringen. Ihre Lage hat sich sogar verhärtet. Man dachte, wenn man mehr Druck erzeuge, würden diese eher Arbeit finden. Man hat aber übersehen, dass es bei vielen nicht an mangelndem Willen liegt, sondern viele aus gesundheitlichen und sozialen Gründen nicht voll arbeiten können.“

Sollte die Notstandshilfe abgeschafft werden, droht auch bei uns die deutliche Ausweitung des Niedriglohnsektors. Die Schere zwischen Arm und Reich würde weiter aufgehen. Bei unseren Nachbarn hat mittlerweile jede/r fünfte ArbeitnehmerIn einen Billigjob.

Zahlen zu Mindestsicherung und Notstandshilfe

Ein Drittel aller MindestsicherungsbezieherInnen sind Kinder unter 18 Jahren. 71 Prozent sind sogenannte AufstockerInnen, also Menschen mit Teilbezug der Mindestsicherung, die eine Ergänzung zum vorhandenen Einkommen erhalten. Von den Notstandshilfe-BezieherInnen sind zwei Drittel über 50 Jahre alt, 80 Prozent sind österreichische StaatsbürgerInnen.

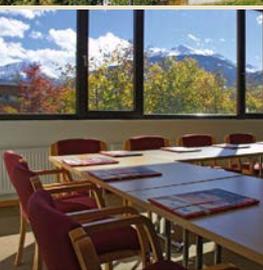
(Quelle: Statistik Austria)

Urlaub und Seminar

Hotel **Bad Hofgastein**

Ferienanlage **Velden**
am Wörthersee

Erholungs- und Bildungszentrum
Krumpendorf
am Wörthersee



Die attraktiven Angebote der Alpentherme sowie die zahlreichen Freizeitmöglichkeiten im Gasteinertal lassen den Urlaub im Hotel Bad Hofgastein zum Erlebnis werden. Die richtige Adresse für Ihren Wellnessaufenthalt, Aktivurlaub oder auch für Seminare.

Am Wörthersee kann man in der Ferienanlage Velden und dem Erholungs- und Bildungszentrum Krumpendorf so richtig die Seele baumeln lassen.

Das Erholungs- und Bildungszentrum Krumpendorf bietet außerdem die

Möglichkeit Seminare in einer angenehmen Atmosphäre abzuhalten.

Die aktuellen Angebote für **PRO-GE Mitglieder** sowie Informationen zu den Häusern, Preisen und der Buchung sind unter www.proge-urlaub.at abrufbar.

Wir bedanken uns für die Treue in unseren Urlaubshäusern und wünschen allen unseren Gästen ein glückliches, gesundes Jahr 2019. Auf ein baldiges Wiedersehen ...

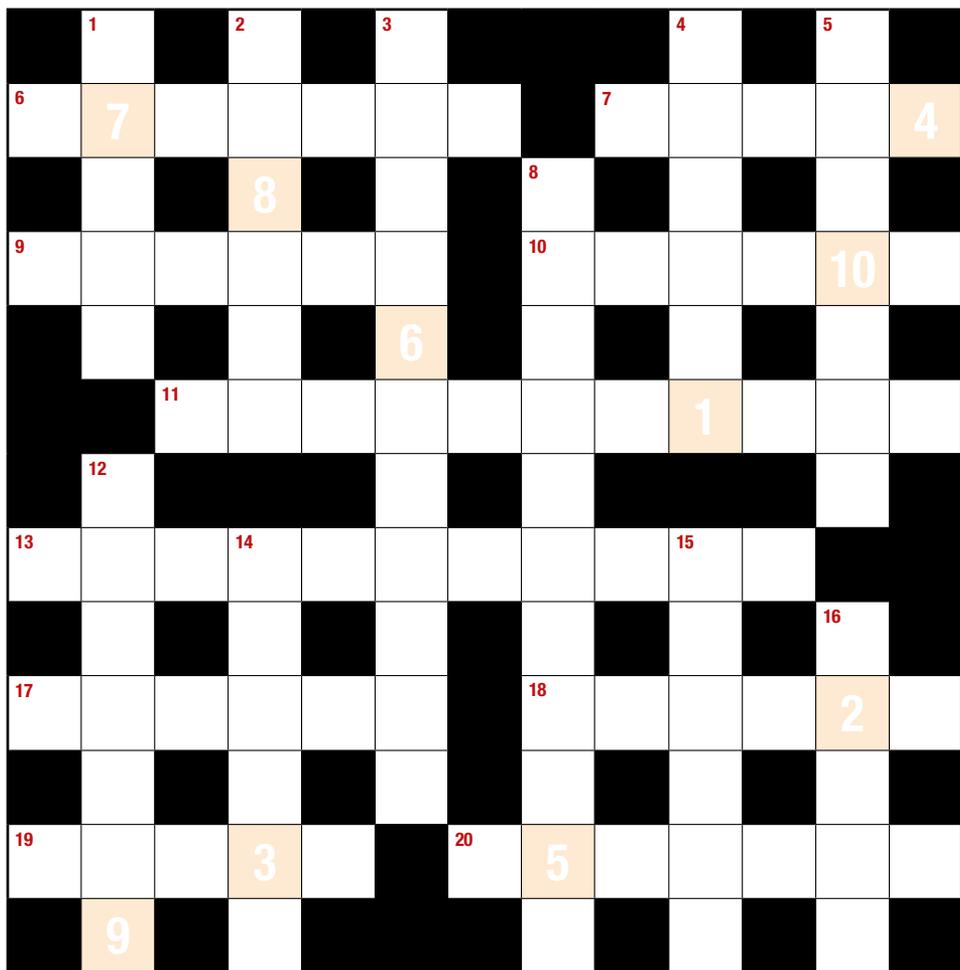
Preisrätsel



Zu gewinnen gibt es

3x2 Eintrittskarten für die Ausstellung „Arbeit & Produktion. *Wörter gedacht*“ im Technischen Museum Wien. (Eintritt frei für alle unter 19)

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht eine harte Sitzgelegenheit.



Schicke das Lösungswort mit **Namen, Mitgliedsnummer und Adresse** bis 16. Februar 2019 an **PRO-GE**, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (bitte ausreichend frankieren) oder per Mail an glueckauf@proge.at

Waagrecht:

- 6 Intensiv Behandlungbedürftiger von S. 6: So krank wie er werden die Kassen bald ausschauen?
- 7 Notstand zur IV. Potenz, wie ihr ihn aus Deutschland kennt (siehe S. 21)
- 9 Worauf Ski-Asse abfahren, wenns talwärts geht am Hahnenkamm
- 10 Was schlürft der Rohkostfreund aus dem Meeresfrüchtekorb? (Ez.)
- 11 Sie haben demnächst in der ÖGK die Mehrheit und das Sagen (siehe S. 6)
- 13 Grußkarte aus Wien im Winter: „Nach Schnee und Stille war mein Wunsch, fand/ beides leider nicht am —“
- 17 Aus dem Bienenstock, doch ohne Bienenfleiß: „Fauler Willi“ als Techno-Spielzeug?
- 18 **So** eine Schleife wiederholt sich ... wiederholt sich ... wiederholt sich ...
- 19 Was 6 waagrecht oft zu schlucken hat, kommt aus dem Pulverfass (Ez)
- 20 Aus „Some like it hot“, da kennt / man sie als Monroes Instrument

Senkrecht:

- 1 Was Milchbuben breitt hart beim Cafetier bestellen
- 2 **Reisen** einmal anders: hart nach Metallerart
- 3 Ein Lösungs(!)wort für Zöpfe und allzu große Konzerne
- 4 Die Antwort ist unrichtig(!)
- 5 Was man nicht zammenreden soll, tut winters an den Füßen wohl
- 8 Solidarische Signale, spielten eine starke Rolle beim Stillstand der Lohnverhandlungen (siehe S. 5/13)
- 12 Wo viele noch immer schwarz sehen, wurde kurz-erhand wie eingefärbt? (siehe S. 10)
- 14 Ein ..., wer Böses dabei denkt!
- 15 Was Kinder am liebsten essen – aus und Pasta!
- 16 Notwendige Anschaffung, wenn du bestrickend handarbeiten willst

Rätsel: Vera Ribarich

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe **GLÜCK AUF! PENSIONEN**

Die Gewinner der Ausgabe 3/2018 GLÜCK AUF!

Stefan Humer, Anna Gschwandtner, Rupert Schürz, Bernhard Wipplinger, Erich Nagelschmied



Ein Ersuchen des Verlages an die/den Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

Postleitzahl / Ort
Besten Dank

GEHEN SIE WÄHLEN!

NUR EINE STARKE AK GARANTIERE EINE STARKE INTERESSENVERTRETUNG.

AK TIROL – 28.01. bis 07.02.2019

AK VORARLBERG – 28.01. bis 07.02.2019

AK SALZBURG – 28.01. bis 08.02.2019

AK KÄRNTEN – 04.03. bis 13.03.2019

AK OBERÖSTERREICH – 19.03. bis 01.04.2019

AK WIEN – 20.03. bis 02.04.2019

AK NIEDERÖSTERREICH – 20.03. bis 02.04.2019

AK BURGENLAND – 20.03. bis 02.04.2019

AK STEIERMARK – 28.03. bis 10.04.2019

arbeiterkammer.at/wahl

